

Bedingungsloses Grundeinkommen und Gewerkschaften

Podiumsbeitrag Wien 19.9.2015

Es könnte sein, dass der Weg, wie ich an das Thema herangehen möchte, manch einer oder einem wie ein Umweg erscheint, aber es wird sich zeigen, dass das geradewegs zum Kern dessen führt, was zur Debatte steht. Ich will nämlich anfangen bei dem Versuch, ein bedingungsloses Grundeinkommen zu definieren. Wir haben in der Debatte innerhalb von Attac Deutschland einen Zugang, der breiter ist als das, was üblicherweise als Konsens in der Grundeinkommensbewegung gilt. Wir haben das als AG genug für alle auch in unserem Text „Bedingungsloses Grundeinkommen als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge“ aufgeschrieben. Dort haben wir ein fünftes Kriterium formuliert. Der allgemeine Konsens besagt, dass ein bge an Individuen gegeben werden muss, es muss also einen individuellen Anspruch herstellen, es muss zweitens ohne Bedingungen gegeben werden, es muss weiterhin ohne vorherige Bedarfsprüfung gegeben werden und es muss in einer Höhe gegeben werden, die nicht nur ausreicht, um leben zu können, sondern auch um zu Zumutungen nein sagen zu können, denen man sich nicht freiwillig stellen will. Und wir sagen: „Und fünftens muss ein solches bedingungsloses Grundeinkommen gegeben werden an alle, die hier sind.“ Und das meint ausdrücklich alle diejenigen, die hier sind, auch die Millionen, die jetzt gerade dabei sind, zu kommen, die hier sind ohne gültige Papiere. Die Begründung dafür ist einfach. Menschenrechtlich kann es nicht sein, dass am selben Ort zweierlei Recht herrscht, Recht, was die einen haben und die anderen nicht. Wer ein bedingungsloses Grundeinkommen so begreift, sieht in der aktuellen Situation so deutlich wie vielleicht noch nie seit wir die Grundeinkommensdebatte führen, dass ein solches Grundeinkommen nur verstanden werden kann als ein Projekt globaler Gerechtigkeit. Die Vorstellung, ein Grundeinkommen als nationales Umverteilungsprojekt anzulegen, ist von vorne herein eine irriige Vorstellung, von vorne herein eine Vorstellung, die individuellen Wohlstand, nationalen Wohlstand verteidigen würde gegen die Armen der Welt. Ein bedingungsloses Grundeinkommen muss nicht nur national, es muss auch international umverteilen. Damit sind wir mitten in dem entscheidenden Punkt, der überhaupt für jede Form von Grundeinkommen und für jede Form sozialer Sicherheit gilt: Sie ist immer nur das wert, nur soviel wert wie die Kämpfe, die darum geführt worden sind. Ein bedingungsloses Grundeinkommen, eine soziale Sicherheit fällt nicht vom Himmel. Darum muss es und gibt es gesellschaftliche Auseinandersetzungen und diese Auseinandersetzungen muss man führen und aus diesen Auseinandersetzungen ergibt sich der Charakter und die gesellschaftliche und politische Wirkungsweise eine Grundeinkommens. Es ist philosophisch vielleicht interessant, aber politisch ohne wirklichen Inhalt, sich über die mögliche Wirkung von Grundeinkommensmodellen zu unterhalten. Natürlich kann man das machen, natürlich kann man sagen, wenn man ein Finanzierungsmodell wählt, das über eine Mehrwertsteuer die Auszahlung eines Grundeinkommens sicherstellen will, dann werden die mit geringerem Einkommen höher belastet als die mit hohem Einkommen. Ja, das stimmt irgendwo. Tatsächlich wird aber ein bedingungsloses Grundeinkommen nie so zustande kommen, dass Menschen sich ein Modell ausdenken und Politiker anschließend beschließen, das machen wir so und ab übermorgen kriegen dann alle tausend Euro. Sondern tatsächlich wird ein bedingungsloses Grundeinkommen, wenn überhaupt, dadurch zustande kommen, dass Auseinandersetzungen darum geführt worden sind, dass es gesellschaftliche Kämpfe gegeben hat, dass es Schritte gegeben hat, die dahin gehen. Das Beispiel der Alters- und Hinterlassenenversicherung in der Schweiz ist interessant. Es hat mehrere Anläufe gegeben, um da hin zu kommen, und gleichzeitig ist die AHV ein Modell, wie man sich ein Grundeinkommen denken kann, bis hin dazu, dass sie ein Finanzierungsmodell umfasst. Diese AHV ist ja für die Alten in der Schweiz mehr oder weniger ein bedingungsloses Grundeinkommen; sie erfasst nicht ganz hundert Prozent der Menschen in der Schweiz, aber fast. Und die Vorstellung, das weiten wir jetzt aus, da kann man nicht erst als Rentner mit 65 rein, sondern schon vorher; wir machen das in einem nächsten Schritt auch für die Kinder; wir nehmen in diese Versicherung für die Beschäftigten im Laufe ihres Lebens dreimal das Recht auf ein Sabbatjahr mit hinein – dies alles kann man in der

Schweiz mit einem bestehenden System machen. In Großbritannien, wo es ein solches System nicht gibt, kann man das nicht machen. Dort muss man um ganz andere Dinge kämpfen. Überall sind gesellschaftliche Auseinandersetzungen denkbar als Teil eines bedingungsloses Grundeinkommens. Wenn wir als Attac Deutschland vor ein paar Jahren eine Kampagne gegen die großen Stromkonzerne geführt haben und wenn heute die Auseinandersetzung um den Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland eine größere Bedeutung gewinnt und wenn die verbunden ist mit der Forderung nach einem kostenlosen Energiegrundkontingent für alle, dann ist dies Teil eines bedingungsloses Grundeinkommens, denn die Energiegrundversorgung musst du nicht mehr kaufen. Wenn wir nicht mehr nur öffentlichen Personennahverkehr, sondern Mobilität überhaupt, Kommunikation, vielleicht sogar Wohnen als gesellschaftliche Infrastruktur denken, dann ist das Teil eines bedingungsloses Grundeinkommens, das nicht in monetärer Form ausgezahlt wird, das aber dieselbe Wirkung hat. Abgesehen davon, dass gesellschaftliche Infrastruktur natürlich den großen Vorteil hat, tatsächlich allen bedingungslos zu Verfügung zu stehen, was mit Geldzahlungen immer eine unsicher Sache ist, gerade wenn ich sage, für die Illegalisierten muss das auch verfügbar sein. Das heißt, an diesen ganzen Themen gesellschaftlicher Grundversorgung, an den Themen sozialer Infrastruktur zur Ermöglichung von allen gesellschaftlich notwendigen Aktivitäten und Tätigkeiten und nicht nur Infrastruktur zur Ermöglichung der kapitalistischen Erwerbsarbeit – an diesen ganzen Themen haben die Grundeinkommensbewegung und die Gewerkschaften massive Überschneidungen. Die Sicherung des bisherigen Sozialstaates, den Ausbau des Sozialstaates, den verändernden Ausbau der Sozialversicherungssysteme, gerade da, wo sie umverteilen und nicht nur einen gewissen Lebensstandard festschreiben, bei all diesen Themen gibt es Gemeinsamkeiten zwischen der Grundeinkommensbewegung und den Gewerkschaften. Und wir haben bei Attac in Deutschland die Debatte sehr eindeutig so geführt, dass wir sagen, diese Gemeinsamkeiten sind es, auf die es ankommt. Uns interessiert es sehr wenig, ob irgendjemand aus der Grundeinkommensbewegung, wie zum Beispiel der ehemalige Ministerpräsident Dieter Althaus oder der Chef des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts Thomas Straubhaar, Modelle vorschlägt und die dann Grundeinkommen nennt, die tatsächlich schlechter ausgestattet sind als unsere bedarfsgeprüfte Mindestsicherung Hartz IV. Das hat mit Grundeinkommen nichts zu tun. Grundeinkommen muss eine ökonomische Absicherung bieten, die ausreichend dafür ist, dass man zu Zumutungen nein sagen kann, denen man sich nicht freiwillig stellen will. Ich habe vor Jahren einmal bei einem Seminar der IG Metall die Gelegenheit gehabt, einen ganzen Tag mit 24 Kollegen, beziehungsweise mit 22 Kollegen und zwei Kolleginnen, zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen arbeiten zu können. Ich habe denen als Einstieg die Frage gestellt: „Stell dir doch mal vor, du hast im Lotto gewonnen, eine Rente von tausend Euro im Monat.“ Das war vor mehr als zehn Jahren, der Betrag also höher als heute tausend Euro sind. „Also eine Rente von tausend Euro, inflationsausgeglichen, das heißt die Kaufkraft von damals tausend Euro steht dir dein Leben lang jeden Monat zur Verfügung. Welchen einen Punkt in deinem Leben würdest du ändern, wenn das so wäre?“ Die KollegInnen haben das aufgeschrieben und auf einer Karte stand: „Ich würde mich scheiden lassen.“ Ich halte das nicht für einen Zufall. Hätte ich gefragt, was würdest du tun, wenn du vierhundert Euro im Monat kriegst, wäre das nicht gesagt worden. Der emanzipatorische Springpunkt eines Grundeinkommens ist die Höhe, die es dir erlaubt, nein zu sagen zu Zumutungen, denen du dich nicht freiwillig stellen willst. Und diese Zumutungen dürfen nicht nur die der Arbeitgeber sein, sondern es muss natürlich auch im Privaten funktionieren, sich denen zu entziehen, das ist klar. Aber am Punkt der Arbeitgeber haben wir die nächste Gemeinsamkeit mit den Gewerkschaften. Wir haben das in den Kämpfen um soziale Verbesserungen, wir haben sie aber auch in den Betrieben, allerdings mit einer verändernden Wirkung auf die Rolle der Gewerkschaften. Bisher sind es die Gewerkschaften, die zumindest in der Theorie als kollektive Verhandler des Preises der Ware Arbeitskraft auftreten, also die Löhne verhandeln, kollektiv gemeinsam für alle; so die Theorie, real sind in Deutschland weniger als 40 Prozent der Arbeitsverhältnisse von Tarifen erfasst. Wir erleben seit Jahrzehnten überall auf der Welt einen Rückgang der Fähigkeit der Gewerkschaften, tatsächlich kollektiv für die Mehrheit der Beschäftigten den Preis der Ware Arbeitskraft zu verhandeln. Ein bedingungsloses

Grundeinkommen würde dazu führen, dass die individuelle Verhandlungsmacht der Beschäftigten deutlich gestärkt würde. Die Individuen könnten ihrem Chef sagen: „Wenn du deine Bedingungen hier nicht änderst, komme ich morgen nicht wieder.“ Das würde die Rolle der Gewerkschaften verändern. Manche Gewerkschafter sagen mir in kritischen Debatten: „Das würde uns überflüssig machen.“ Nein, das sehe ich nicht so. Der viel entscheidendere Punkt, was die gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisse angeht, ist doch der, was passiert denn mit den Arbeitsverhältnissen, die eben nicht kollektiv geregelt, nicht tarifvertraglich erfasst sind? Die immer mehr werden und von denen viele das ja auch wollen. Ich habe mich vor genau vierzig Jahren bewusst und freiwillig für das entschieden, was man heute Prekarität nennt. Ich habe 1975 im Frühsommer mein Examen als Politikwissenschaftler abgeschlossen und habe gesagt: „Ich mach nicht damit meine Arbeit“, habe mich entschieden, ganz etwas anderes zu tun, um einen möglichst großen Freiraum zu haben zum politischen Engagement. Ich habe als Koch gearbeitet, ich habe als Fabrikarbeiter gearbeitet, als Drucker, ich habe als Telefonist und Zeitungsbote gearbeitet, ich habe als Hausmann vier Kinder großgezogen, ich habe tausenderlei unterschiedliche Sachen getan, bewusst und in einer freiwilligen Entscheidung. Das hatte nie etwas damit zu tun, dass ich nicht gearbeitet habe, ich habe Arbeitszeiten, die weit über dem liegen, was Menschen in Betrieben leisten. Heute sind viele gezwungen, so zu arbeiten, ich kenne aber auch viele, die sich genau das wünschen. Und wenn du auch für die soziale Sicherheit willst, wenn du soziale Sicherheit für alle Formen der gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten haben willst, dann darfst du nicht nur von den Betrieben her denken. Ein Mindestlohn ist notwendig und wichtig, schon allein deshalb, dass die Leute für eine anständige Arbeit anständig bezahlt werden. Aber auch aus Grundeinkommenssicht ist ein Mindestlohn notwendig und richtig, damit ein Grundeinkommen nicht zum Kombilohn verkommt, damit nicht die Gesellschaft einen Teil des Lohnes zahlt, den eigentlich der Arbeitgeber zu zahlen hätte. Das ist völlig richtig, deshalb gehört ein Mindestlohn zum Grundeinkommen dazu. Auch Arbeitszeitverkürzung ist notwendig, da haben Gewerkschaften völlig Recht, alles was dazu gesagt wird, stimmt. Aber wenn du soziale Sicherheit für alle willst, dann musst du diese soziale Sicherheit als wirtschaftsbürgerliches Grundrecht denken und nicht als etwas von den Betrieben und den betrieblichen Arbeitsverhältnissen her Kommendes, so wie wir politische Mitbestimmung niemals nur von daher denken, wer denn ein besonderes Interesse daran hätte, wie das politische Gemeinwesen gestaltet wird, und wer hat da weniger Interesse, wer darf also mehr und wer darf weniger wählen. Sondern wir sagen völlig selbstverständlich, die Gestaltung der politischen Verhältnisse geht jeden und jede etwas an. So geht auch die Gestaltung der ökonomischen Verhältnisse jede und jeden von uns an. Das Grundeinkommen muss als wirtschaftsbürgerliches Grundrecht gedacht werden und von daher soziale Sicherheit für die gesamte Gesellschaft schaffen. Dann ist es die Grundlage einer völlig neuen Gesellschaftlichkeit. Dann entsteht Gesellschaft nicht mehr wie bisher dadurch, dass ich aus purer ökonomischer Not meine Arbeitskraft verkaufen muss und dann tue, was der Chef will, sondern dann entsteht Gesellschaft von daher, dass wir freiwillig miteinander Gesellschaft bilden wollen. Und in diesem Prozess einer neuen Vergesellschaftung, da wünsche ich mir starke Gewerkschaften, die sich genau an der Stelle engagieren.